



# Ist der Aktionsradius für Luzerner Parlamentarier grösser oder kleiner geworden?

Margrit Steinhauser, SP, Dr.phil., Grossrätin Kanton Luzern, Präsidentin der Kommission Justiz und Sicherheit

**Das Tempo der luzernischen Politik hat sich in den letzten Jahren wohl aus verschiedenen Gründen stark beschleunigt, und die Belastung der Mitglieder des Grossen Rates ist gestiegen. Zudem schafft die Verknappung der finanziellen Mittel, die aktuelle Sparpolitik, einen sichtlich enger gewordenen Rahmen der parlamentarischen Arbeit. Innovation ist meistens nur noch möglich, wenn sie mindestens kostenneutral gehalten werden kann. Jedoch wäre sie gerade im jetzigen Zeitpunkt nötiger denn je, um die kränkelnde Wirtschaft anzukurbeln, statt den zarten Keimling der Konjunktur wieder eingehen zu lassen.**

**Wie steht es nun mit unseren parlamentarischen Möglichkeiten? Dieser Frage soll hier an Hand zweier wichtiger neuer Institutionen nachgegangen werden: den ständigen Kommissionen und der Luzerner wirkungsorientierten Verwaltung WOV.**

## 1. Institutionelle Voraussetzungen

Der Grosse Rat des Kantons Luzern besteht seit 1999 aus 120 Mitgliedern (vorher 170) die nach dem Proporzverfahren jeweils auf vier Jahre gewählt werden. Er hält in der Regel jährlich neun Sessionen von je zwei Tagen ab.

Die ständigen Kommissionen erfuhren schon 1998 die Institutionalisierung. Mit der Schaffung der neuen Geschäftsleitung, die gegenüber der alten Präsidentenkonferenz mehr planerische Kompetenzen aufweist und des Kommissionendienstes schuf man unverzichtbare Hilfen für die Effizienz der parlamentarischen Arbeit. Die Parlamentarier wurden in verschiedenen Veranstaltungen in die Handhabung der neuen Instrumentarien von WOV eingeführt.

## 2. Ständige Kommissionen

Nach nun sieben Jahren ist klar, dass der luzernische Parlamentsbetrieb ohne die ständigen Kommissionen nicht mehr denkbar ist. Die ständigen Kommissionen brachten Kontinuität, einen sorgfältigen Aufbau von Wissen und eine Professionalisierung wie auch Stärkung des Parlaments gegenüber der Verwaltung. Sie bilden darüber hinaus einen konstanten Rahmen, in dem man sich durch das Zusammenarbeiten über eine längere Zeit richtig kennen ler-

nen und die Möglichkeiten für einen konstruktiven Dialog besser nutzbar machen kann. Das grossrätliche Mandat wird mit den ständigen Kommissionen interessanter, zu einem effektiven Lernfeld, einer Möglichkeit der Qualifizierung oder Weiterbildung.

Den vielen Pluspunkten steht allerdings ein Nachteil gegenüber: der Verlust an politischen Allroundern im Rat, welche die Geschäfte aus vielen verschiedenen Blickwinkeln betrachten können. Doch Spezialisierung ist zu einem gewissen Grad nicht zu vermeiden, ja wohl auch wünschbar und jedenfalls im Trend überall in der Gesellschaft. Die Massierung von Fachleuten ist dann vor allem in der Planungs- und Finanzkommission, in der Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (Lehrpersonen) und in der Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (Landwirte) auch augenfällig. Diese Tatsache sollte in den Fraktionen und der Geschäftsführung des Rates sowie in der Präsidentenkonferenz thematisiert und im Auge behalten werden.

## 3. WOV

Seit diesem Jahr ist WOV in der ganzen Verwaltung eingeführt, in den Spitälern das äquivalente LOS (leistungsorientierte Spitäler), in den Gerichten folgt auf nächstes Jahr LOG (leistungsorientierte Gerichte). Die Einführung der wirkungsorientierten Verwaltung WOV schuf für das Parlament Instrumentarien, die vermehrt Transparenz bringen und eine politische Diskussion über die Leistungen der Verwaltung bzw. des Staates mit dem daraus folgenden messbaren Leistungsauftrag erst ermöglichen. "WOV ist ein Prozess in dem sich Regierung Verwaltung und das Parlament immer wieder finden müssen", sagte ein Kollege bei der parlamentarischen Debatte über WOV 2001. Dieser Prozess ist immer noch am Laufen und stellt uns jeden Tag vor neue Herausforderungen.

Positiv fällt der Bereich der Planung aus: Der integrierte Finanz- und Aufgabenplan IFAP bringt die Verknüpfung von Leistung und Finanzen auf einer strategischen Ebene. Er kann durch die parlamentarischen Bemerkungen ergänzt und zu einem griffigen und transparenten Instrument werden. Noch ist er verbesserbar. Der IFAP wird durch das Parlament genehmigt, teilweise genehmigt oder gar abgelehnt. Er wird laufend (jedes Jahr) angepasst.

Die Globalbudgets, auch von WOV Skeptikern an sich positiv beurteilt, bringen hingegen einen Verlust an direkter, demokratischer Kontrolle der Verwaltung und an Einflussnahme des Parlamentes auf dieselbe mit sich. Die Einflussnahme beschränkt sich auf den politischen Leistungsauftrag. Dafür erhält das Parlament übersichtliche, transparente Entscheidungsgrundlagen. Ein Nachteil meiner Meinung nach ist auch die Tatsache, dass mit WOV alles zuerst durch die Brille der Finanzen betrachtet wird. Die Fachkommissionen stehen hinter der Planungs- und Finanzkommission, welche zu einer Superkommission mutierte und von 13 auf 17 Mitglieder aufgestockt wurde.

Währenddem sich der Verwaltungsteil von WOV auf einem recht guten Weg befindet, bleibt für mich und für viele Kolleginnen und Kollegen der Linke die Frage: Wie steht es mit dem politischen Teil? Werden Rechte des Parlamentes tangiert? Wie steht es mit den Volksrechten? Sicher ist: Grundlegende und wichtige Leistungs- und Wirkungsvorgaben erfordern eine Verankerung auf Gesetzesstufe, sodass das Referendum gewährleistet bleibt. Volksrechte müssen auch immer wieder nach ihrer Zweckmässigkeit hinterfragt werden dürfen und angepasst werden. Dennoch: Es darf keine Aushöhlung der Volksrechte geben. Die moderne Rahmengesetzgebung und eine verstärkte Delegation der Rechtsetzung, sowie zusammen mit WOV eine allzu finale Ausrichtung der Gesetze birgt Gefahren.

Skepsis spüre ich persönlich ebenfalls gegenüber den sog. freiwilligen Leistungen an Dritten, die Bestandteil der WOV-Philosophie sind. Solche müssen strenge Rahmenbedingungen erfüllen, das heisst klar geregelt sein. Das Outsourcing von Aufgaben lehnt die Linke ab, dies aus staatsrechtlichen wie praktischen Gründen.

Nach der noch kurzen Zeit muss die parlamentarische Bilanz von WOV und den neuen Instrumenten sehr provisorisch bleiben. An die neuen Instrumente gewöhnt man sich als Parlamentarier schnell und schätzt deren Übersichtlichkeit und Transparenz. Dennoch sollte man den Blick für die politische Dimension von WOV eher noch schärfen. Bildlich gesprochen: Verwaltung, Parlament und Regierung haben sich auf eine Reise begeben, die erst begonnen hat. Auf diesem Weg gibt es geübte Berggänger und wenig Trainierte, auch das Gelände ist sehr unterschiedlich und für WOV besser oder schlechter geeig-



net. Alle Akteure müssen innerhalb einer vernünftigen, vertretbaren Zeit ans Ziel kommen. Zwischen der Theorie und der Umsetzung von WOV klafft immer noch eine Lücke. Einige Hindernisse waren schon vorsehbar.

#### 4. Fazit

Persönliche Initiative war und ist das A und O der parlamentarischen Tätigkeit. Die Palette der Möglichkeiten für die Grossrätinnen und Grossräte sind sicher nicht kleiner geworden. Man muss sie jedoch kennen, wahrnehmen und ausgiebig nutzen. WOV hat wirklich auch vermehrt Möglichkeiten der Intervention auf der formellen und informellen Ebene geschaffen. Was die einzelnen Parlamentarier daraus machen, ist ihre Sache. Die parlamentarische Arbeit ist professioneller geworden, auch die Mittel der neuen Medien helfen, um Anliegen bei verschiedensten Adressaten (Regierung, Kollegen, Presse, Öffentlichkeit) besser zu platzieren.

Grossrätinnen und Grossräte müssen heute Teamplayer sein und vor allem gute Kommunikatoren. Es sind gerade immer auch die eigene Lernbereitschaft, Offenheit und Neugierde, welche den eigenen parlamentarischen Aktionsradius erweitern. Dies gilt noch im vermehrten Mass für Mitglieder von Minderheitsparteien.